Beschlüsse

Feminismus: Lasst uns seine marxistische Konzeption des sozialen Kampfes bekräftigen!

Wer hat im Schweizer Gesundheitswesen das Sagen? Von Krankenversicherungen bis hin zu Interessenkonflikten – die Gesundheitsversorgung wird immer mehr zum Luxus.

Digitaler Wandel und Souveränität: Eine wegweisende Position skizzieren

RESOLUTION DES 25. KONGRESSES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Arbedo-Castione, 8.-9. November 2025

Antragsteller: Lea Ferrari, Alyssa De Micheli, Malena Villa

Feminismus: Lasst uns seine marxistische Konzeption des sozialen Kampfes bekräftigen!

Seit geraumer Zeit versuchen unsere herrschenden Eliten nicht nur, uns davon zu überzeugen, dass der Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter anachronistisch sei, sondern verzerren ihn sogar, indem sie Ideologien einer bestimmten liberalen Linken propagieren. Dieser Versuch manifestiert sich auf vielfältige Weise, die wir in dieser Resolution auflisten und offenlegen, in der Überzeugung, dass die größten Errungenschaften für die Rechte der Frauen in sozialistischen Ländern erzielt wurden.

Geschlechtergleichstellung ist in fortgeschrittenen kapitalistischen liberalen und christlichen Demokratien unmöglich.

Die lokalen Daten belegen die Dringlichkeit der Geschlechtergleichstellung durch die eklatante Diskrepanz zwischen dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau und der materiellen Realität. So betrug der Unterschied im mittleren Monatslohn zwischen Männern und Frauen im Jahr 2022 sage und schreibe 483 Franken – von Lohngleichheit weit entfernt! Hinzu kommt, dass Frauen eine doppelte Arbeitsbelastung tragen und 60 % ihrer Arbeitszeit unbezahlter Arbeit widmen, verglichen mit 42 % bei Männern. Im Jahr 2020 erreichte der Wert der unbezahlten Arbeit von Frauen 434 Milliarden Franken und überstieg damit die bezahlte Arbeit. Dies gefährdet die Existenzgrundlage von Frauen in der Schweiz, da die fehlenden Sozialversicherungsbeiträge keine Leistungen im Krankheits-, Unfall-, Behinderungs- oder Behandlungsfall garantieren.

Ein Aspekt, den wir nicht ignorieren dürfen, sind die zahlreichen Fälle von Gewalt und Missbrauch gegen Frauen, die von unseren Medien oft übersehen werden. Im vergangenen Jahr wurden über 21.000 Fälle von häuslicher Gewalt registriert, etwa 70 % davon betrafen Frauen. Rund jede sechste Frau über 16 Jahre hat nicht einvernehmliche sexuelle Handlungen erlebt, und jede zehnte wurde gegen ihren Willen zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Darüber hinaus haben über 1,5 Millionen erwerbstätige Frauen (rund 30 %) sexuelle Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz erfahren. Diese Zahlen sind inakzeptabel und verdeutlichen einen Mangel an Aufklärung und Prävention in unserer Gesellschaft – Aufklärung und Prävention, die insbesondere in Schulen und Ausbildungseinrichtungen beginnen sollten. Sensibilisierungsprogramme zu geschlechtsspezifischer Gewalt sind auf

allen Bildungsstufen notwendig, ebenso wie die Einrichtung kantonaler Informationsstellen zur Meldung von Missbrauchsfällen in Schulen und am Arbeitsplatz, wie sie die Unabhängige Studenten- und Lehrlingsunion (SISA) bereits in einer kürzlich verabschiedeten Resolution gefordert hat.

Auf nationaler Ebene instrumentalisieren atlantische Eliten die feministische Bewegung, um die Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben und so immer mehr Kanonenfutter für die Front zu haben.

Einer der Gründe, warum unsere Regierung kürzlich die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen vorgeschlagen hat, ist die angebliche Förderung der Geschlechtergleichstellung. Das ist schlichtweg absurd: Gleichstellung bedeutet nicht, beide Geschlechter zum Tragen von Uniformen zu zwingen und sie dann gemeinsam unter dem Druck der EU und der NATO an die Front zu schicken, um dort zu sterben ; sie bedeutet vielmehr, sich für materielle und sozioökonomische Gleichstellung einzusetzen, die durch Militärausgaben nur behindert würde!

Angesichts der aktuellen Lage ist es unerlässlich zu erkennen, wie das Patriarchat in militaristischen Ideologien, die auf Kontrolle, Aggression und der Normalisierung von Gewalt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens beruhen, fruchtbaren Boden findet. Auch international erleben wir eine fortwährende Instrumentalisierung des Kampfes für die Gleichstellung der Geschlechter. Auf der Suche nach Vorwänden für Angriffe und die Unterwerfung von Schwellenländern nutzen euro-atlantische imperialistische Kräfte das vermeintliche Ziel der „Befreiung“ von Frauen in Ländern wie dem Iran, um ihre kriegstreiberische Politik zu rechtfertigen.

Die jüngere Geschichte hat die Sinnhaftigkeit dieser Absichten deutlich bewiesen: Man denke nur an Syrien, wo die NATO einen Bürgerkrieg von außen anheizte, um einen Präsidenten mit Verbindungen zu Terrorgruppen an die Macht zu bringen, der nun alle sozialen Errungenschaften des säkularen Syriens zunichtemacht. Aber man denke auch an Libyen, Afghanistan und all die anderen internationalen Konfliktherde, in denen die USA und ihre Verbündeten die Gleichstellung der Geschlechter erreichen sollten, was jedoch stets zu Kriegen, Zerstörung und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen von Frauen geführt hat. Frauen sind in der Tat die ersten Opfer von Konflikten, weil der weibliche Körper – kolonialistisch betrachtet – als zu erobernder Raum konzipiert wird. Ein letztes Beispiel: Im Irak wurde nach der US- Invasion die Polygamie eingeführt , als einzige Überlebenschance für Frauen in Armut.

Es ist an der Zeit, den euro-atlantischen moralischen Überlegenheitskomplex aufzugeben, der behauptet, die Völker der Welt seien unfähig zur autonomen Emanzipation, indem sie einen ihrem historischen und kulturellen Kontext

entsprechenden Weg beschreiten. Wie können wir vorgeben, den Völkern der Welt Geschlechtergleichstellung zu lehren, wenn wir sie selbst nicht einmal respektieren?

Der Kapitalismus ist zwar bereit, minderwertigen oder diskriminierten sozialen Gruppen Legitimität und Raum zu gewähren, wenn diese wirtschaftlich vorteilhaft werden, er kann es sich aber nicht leisten, die dem Geist des Kapitalismus innewohnenden Machtverhältnisse zu untergraben.

Der Kapitalismus wird Frauen niemals für unbezahlte Arbeit entschädigen können – obwohl dies in der chinesischen Verfassung verankert ist –, denn dies würde den Aufbau eines umfassenden Sozialsystems und die Sicherung der Position eines großen Teils der Arbeitskräfte erfordern, der dann keine Quelle von Konflikten bei Lohnverhandlungen und auf dem Arbeitsmarkt mehr wäre. Der Verlust der billigen, gefügigen und hochproduktiven weiblichen Arbeitskräfte, die aufgrund ihrer „Eignung“ (alles, was sich um das Konzept der mütterlichen oder weiblichen Intuition dreht) in der Lage sind, anspruchsvolle Aufgaben zu übernehmen, würde das gegenwärtige westliche Wirtschaftssystem destabilisieren.

In der Schweiz bieten private Unternehmen vermehrt „Pflegefamilien“ an (darunter zwar auch Männer, aber die überwiegende Mehrheit sind Frauen). Diese Pflegefamilien können die Arbeit von Pflegekräften in der häuslichen Pflege ersetzen und verdienen weniger als diese. Daher werden sie von den Krankenkassen stark beworben, wodurch die Pflege letztendlich den Fachkräften überlassen wird und Frauen weiter auf die Pflegerolle beschränkt bleiben, anstatt sie zu entlasten und die Geschlechterrollen innerhalb der Familie auszugleichen.

Die bürgerliche Familie war schon immer auf Hausangestellte angewiesen, doch nie zuvor hatten Frauen so viel Freiheit, diese Aufgaben zu übernehmen. Neben Putzen, Kochen und Kindererziehung sind sie gezwungen, die Rolle der „Vorzeigefrau“ zu spielen (Sklavinnen von Schönheitsidealen) und unbezahlte Verwaltungsarbeiten im Familienbetrieb oder gar auf dem Bauernhof zu verrichten. Die Bäuerinnen haben erst kürzlich erkannt, dass sie keine Rente erhalten, die ihrer jahrelangen Arbeit im Betrieb entspricht, obwohl sie seit Langem eine zentrale Rolle spielen. Ebenso fordern bürgerliche Frauen erst seit Kurzem die individuelle Besteuerung.

Der Verbündete des Kapitalismus in diesem Bereich ist die Religion, die den Rahmen der Argumente und sogenannten Werte formuliert, für die Frauen in dieser Gesellschaft Unterdrückung hinnehmen müssen.

Feminismus ist in erster Linie Klassenkampf

Um die Massen von den wahren Widersprüchen unserer Gesellschaft abzulenken, hat ein Teil der Bourgeoisie die „Woke“-Kultur gefördert und verbreitet. Ziel ist es, den marxistischen Feminismus, der sich auf den Klassenkampf konzentriert, zugunsten eines Kampfes um Bürgerrechte zu entkräften. Diese Entwicklung führt nun dazu, dass Teile der liberalen Linken einen parodistischen Kampf führen, der sich auf idealistische Formalitäten konzentriert, die für uns zweitrangig sind oder mit denen wir uns nicht identifizieren. Der Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter ist ein sozialer Kampf, der Teil des Projekts einer materiell und nicht nur ideell egalitären Gesellschaft ist. Die feministische Bewegung geht Hand in Hand mit dem Kampf für Arbeiterrechte, mit dem antimilitaristischen und mit dem antiimperialistischen Kampf. Sie ist ein symbolträchtiger Kampf, weil sie das Lokale und das Internationale vereint, denn das sexistische Prinzip, nach dem Frauen im Tessin ausgebeutet werden, ist dasselbe Prinzip, nach dem Millionen anderer Frauen in Entwicklungsländern, die dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell folgen, ausgebeutet werden.

Um unsere Position zum feministischen Kampf als Klassenkampf zu bekräftigen, zitieren wir Lenin: „Wir müssen unbedingt eine starke internationale Frauenbewegung schaffen, die auf einer klaren und präzisen theoretischen Grundlage ruht… Es ist klar, dass es ohne marxistische Theorie keine gute Praxis geben kann. Wir Kommunisten müssen uns klar von allen anderen Parteien abgrenzen.“ Ebenso müssen auch wir uns in dieser Frage differenzieren und eine marxistische Vision des Feminismus in einen lokalen und internationalen Kontext einbringen, in dem das Thema primär aus liberaler Perspektive betrachtet wird, die die Gesellschaft vom Kernproblem ablenkt: dem Klassenkampf und seinem Internationalismus.

Ein kürzlich erschienener Artikel von Zhenhuan Fang und Guang Guo [1] stellt beispielsweise einen Zusammenhang zwischen der Ein-Kind-Politik und der Förderung des Unternehmertums chinesischer Frauen her. Ohne auf ein historisches Faktum eingehen zu wollen, das einer eingehenden Erläuterung und Kontextualisierung bedarf, sei erwähnt, dass diese Beschränkung vorwiegend in städtischen Gebieten galt. In ländlichen Regionen wurde die Möglichkeit, mehr Kinder zu bekommen, anerkannt. Andere Studien zeigen jedoch, dass die Umsetzung der Ein-Kind-Politik nicht übermäßig repressiv war, da der sozialistische Staat Frauen bereits vollständig in alle Bereiche integriert hatte – von der politischen Teilhabe bis hin zur Erwerbstätigkeit – und sie damit gleichberechtigt mit Männern gestellt hatte. Die Emanzipation durch die Volksrepublik China hatte Frauen endgültig von ihren reproduktiven Pflichten befreit.

Wenn die Medien, anstatt die üblichen allgemeinen und oberflächlichen Informationen über die „Ein-Kind-Politik“ (offiziell 2015 abgeschafft) in Bezug auf

China zu verbreiten, stattdessen die 800 Millionen Menschen erwähnen würden, die aus der Armut befreit wurden, und China als einziges Land der Welt bezeichnen würden, das das Millenniumsziel erreicht hat, würden sie Gefahr laufen, die Idee zu verbreiten, dass der Kommunismus funktioniert.

Erinnern wir uns daran, dass Alexandra Kollontai 1917 die erste Frau weltweit war, die einem Regierungsamt angehörte. In der Sowjetunion war Abtreibung legalisiert und wurde in der Regel vom Staat finanziert. Ziel war es, Abtreibungen in einem sicheren Umfeld und unter ärztlicher Aufsicht statt durch nicht lizenzierte Therapeuten durchzuführen. Die Kampagne war in städtischen Gebieten sehr erfolgreich (etwa 75 % der 1925 in Moskau durchgeführten Abtreibungen fanden in Krankenhäusern statt), weniger jedoch in ländlichen Gebieten, wo es oft an Ärzten und Transportmöglichkeiten mangelte und traditionelle, empirische Therapien bevorzugt wurden. Bevor Abtreibung zwischen 1936 und 1955 erneut legalisiert wurde, war sie in der Sowjetunion – mit Ausnahme medizinisch indizierter Fälle – aufgrund von Stalins Zweifeln am Bevölkerungswachstum erneut verboten. Der Diskurs über Fruchtbarkeit ist vielschichtig und mit einer übermäßigen moralischen Gewichtung behaftet. Es ist daher schwierig, über diese Zeit ein Urteil zu fällen, doch wir können sie stattdessen mit einer zeitgenössischen, weitreichenden Entscheidung verknüpfen: 1956 garantierte das sozialistische Polen das Recht auf Abtreibung, lange bevor dieses in vielen westlichen Ländern eingeführt wurde. Paradoxerweise wurde Abtreibung 1993 vom streng katholischen Solidarność-Führer Lech Wałęsa verboten, der dafür gefeiert wurde, die postsowjetische Demokratie wiederhergestellt zu haben, in der Abtreibung heute praktisch verboten ist. Die Aussage einer Engländerin verdeutlicht, dass die polnischen sozialistischen Gesetze Frauen in Polen nicht nur ermöglichten, informierte Entscheidungen über ihre reproduktive Gesundheit zu treffen, sondern auch als europäisches Bollwerk für Frauen auf dem gesamten Kontinent, insbesondere in liberalen Staaten , dienten.[2]

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich die ablehnende Haltung gegenüber Abtreibung auch in unserem Land widerspiegelt. Tatsächlich verzeichnet der Kanton Tessin, wie Italien und andere Länder, die niedrigsten Geburtenraten, die jemals gemessen wurden – allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Die Ursachen sind in unserem Land vorwiegend wirtschaftlicher Natur, wie die Statistiken eindeutig belegen, und zwar entgegen einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen.

Analysiert man die Reaktionen der neoliberalen und katholischen herrschenden Klasse auf dieses Thema, so stößt man auf Untätigkeit: Das Kapital erklärt, es brauche keine einheimischen Arbeitskräfte; tatsächlich ist die Arbeit von Einwanderern aus kriegsgebeutelten oder ressourcenarmen Ländern derzeit noch

deutlich lukrativer. Wenn diese Länder eines Tages rebellieren – und das tun sie bereits –, werden liberale westliche Demokratien vielleicht flächendeckende Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickeln, die allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sind und so die wirtschaftliche und berufliche Stabilität ermöglichen, die für ein friedliches Aufwachsen von Kindern notwendig ist.

Im Lichte dieses historischen Bewusstseins, das die größten fortschrittlichen Errungenschaften für Frauen in sozialistischen Ländern verortet, und unter Berücksichtigung der Licht- und Schattenseiten des Themas, die kontextualisiert werden müssen, wird der Schluss gezogen, dass alle Frauen Kommunistinnen sein sollten, um ihre Rechte zu erlangen, da die liberale und bürgerliche Gesellschaft kein Interesse an wahrer Geschlechtergleichstellung hat.

Konkret wird die Partei gebeten:

- sich dafür einzusetzen, den Kampf der Frauen im marxistischen Sinne energischer zu fördern und dabei dem sozialen Kampf für die materielle Gleichstellung der Geschlechter Priorität einzuräumen;
- Um den rücksichtslosen Vorschlägen der herrschenden Klasse unseres Landes, die die Militarisierung der Gesellschaft als Mittel zur Förderung der Geschlechtergleichstellung darstellt, entschieden entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang erneuert es sein Engagement im Kampf gegen die EU und die NATO und deren kriegstreiberische Bestrebungen gegen Entwicklungsländer;
- die Anwendung des vom Großen Rat des Kantons Tessin im Jahr 2021 verabschiedeten „Heforshe“-Antrags überwachen;
- Einrichtung einer Arbeitsinspektion zur Überwachung der geschlechtsspezifischen Lohndiskriminierung, mit einer weiblichen Inspektorin für jeweils 5.000 weibliche Arbeitnehmerinnen, mit dem Ziel, Fortschritte in Richtung Gleichstellung zu erzielen;
- Die Einführung von 42 Wochen Elternzeit, wie sie in Norwegen praktiziert wird. Gleichstellung wird auch dadurch erreicht, dass Eltern nicht auf stereotype soziale Rollen beschränkt werden!
- Fordern Sie konkrete Präventionsmaßnahmen gegen häusliche Gewalt und Femizid durch die Unterstützung bestehender Frauenhäuser, die Einrichtung von Beratungs- und Unterstützungsdiensten für gewalttätige Männer, die Verurteilung sexistischer Äußerungen in den Medien und in der öffentlichen Debatte sowie die automatische Meldung an Notaufnahmen, wenn ein Ehepartner, der Opfer von Misshandlung geworden ist, dort eintrifft;
- Wir setzen uns für ein wirksames Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit und Respekt gegenüber sexueller Orientierung in Schulen ein. Wir wünschen uns Schulen, die die Fähigkeiten aller Schülerinnen und Schüler unabhängig vom

Geschlecht wertschätzen und den oft übersehenen historischen weiblichen Persönlichkeiten in allen Wissensbereichen mehr Bedeutung beimessen.

—

1 Hat die Ein-Kind-Politik die Geschlechtergleichstellung in China beschleunigt? Eine länderübergreifende Differenz-in-Differenzen-Analyse, Springer Nature

2. „Abtreibung: Das polnische Paradoxon“ von Ada Grudzinski, ein Dokumentarfilm mit antikommunistischer Perspektive: https://www.arte.tv/it/videos/113584-000-A/aborto-il-paradosso-polacco/

↑ zurück an den Anfang

RESOLUTION DES 25. KONGRESSES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Arbedo-Castione, 8.-9. November 2025

Vorschlagender: Rudi Kolb-Alves

Wer hat im Schweizer Gesundheitswesen das Sagen? Von Krankenversicherungen bis hin zu Interessenkonflikten – die Gesundheitsversorgung wird immer mehr zum Luxus.

1. Angesichts steigender Krankenversicherungsbeiträge, der heterogenen Struktur des Schweizer Gesundheitssystems und der Verzerrungen bei der Medikamentenverordnung (Generika vs. Originalpräparate) wird die Gesundheitspolitik zunehmend von der Kostendämpfung dominiert, was dazu führt, dass Patienten die Schuld zugeschoben wird. Immer mehr Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die gezwungen sind, die Selbstbeteiligung von 2.500 CHF für die LAM- Versicherung zu tragen , verzichten auf Behandlungen. Dies deutet darauf hin, dass die Ursache des Problems nicht im „Missbrauch des Systems“ liegt, sondern im sinkenden Lohnvolumen und der damit einhergehenden Kaufkraftminderung. Gleichzeitig werden viele Berufskrankheiten, die unter die LAINF- Verordnung fallen, nicht anerkannt, sodass Arbeitgeber die physischen und psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz auf die LAM- Versicherung abwälzen können . Die Liste der Berufskrankheiten ist restriktiv, wird nur unzureichend aktualisiert, und die Beweislast liegt weiterhin beim Arbeitnehmer. Dies verhindert die Anerkennung moderner Krankheitsbilder wie chronischer stressbedingter psychischer Störungen, Burnout, Depressionen und Muskel-Skelett-Schmerzen. Die Erweiterung der Liste der Berufskrankheiten wäre ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Umverteilung der Arbeitsrisiken. Die Partei muss ihre diesbezüglichen Bemühungen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken, um eine andere Verteilung der Gesundheitskosten und eine größere Verantwortung der Arbeitgeber für die Prävention von Berufskrankheiten und -unfällen zu erreichen. Gesundheit am Arbeitsplatz ist nicht nur eine Angelegenheit der Gewerkschaften, sondern ein Grundrecht: Sie zu schützen bedeutet, sowohl die Arbeit als auch die Gesundheit zu verteidigen.

2. Demografische Trends und technologischer Fortschritt tragen zum Anstieg der Gesundheitsleistungen bei. Es ist jedoch zu kurz gegriffen, diese Faktoren allein bei der Analyse steigender Kosten zu berücksichtigen. Die Steuerung des Systems bleibt intransparent und stark von wirtschaftlichen Interessen geprägt, in denen Fachärzte, Krankenhausverwaltungen und Versicherer unverhältnismäßige Macht

ausüben. Nicht alle Ärzte teilen dieses System der Machtkonzentration; die Schweizerische Ärztekammer (FMH) wird jedoch überwiegend von medizinischen Eliten kontrolliert, deren Macht in wenigen Händen konzentriert ist: Primärversorgung und kommunale Gesundheitsversorgung werden in Entscheidungsprozessen marginalisiert. Die für die Festlegung der Preislisten für medizinische Leistungen zuständige Berufsvereinigung (TARMED , TARPSY usw.) spiegelt diese Hegemonie wider: eine Machtstruktur, die eher auf den Schutz beruflicher Interessen als auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Die Einführung einer einzigen, öffentlichen, bundesweiten Krankenkasse wäre ein erster Paradigmenwechsel. Die Verschiebung des Machtgleichgewichts zugunsten der Gemeinschaft und die Entkopplung des Gesundheitswesens vom Markt sind der erste Schritt zur Stärkung der Prinzipien der Solidarität und einer universellen öffentlichen Gesundheitsversorgung.

3. Das derzeitige System der Gesundheitssteuerung begünstigt eine übermäßige Verflechtung von Regulierungsbehörden und Wirtschaftsakteuren. Die Gebührenkommissionen, die sich größtenteils aus Unternehmen zusammensetzen, sind übermäßig anfällig für Interessenkonflikte und Marktdruck. Aufgrund der Durchlässigkeit des Systems für bestimmte Logiken genießen Privatkliniken und die Pharmaindustrie großen Handlungsspielraum, während das Bundesamt für Gesundheit (BAG) trotz seiner weitreichenden formalen Befugnisse faktisch auf eine Vermittlerrolle beschränkt ist und keine Entscheidungen im öffentlichen Interesse treffen kann. Dieses System der Gesundheitssteuerung führt zwangsläufig zu Asymmetrien und Abweichungen, wie etwa Übermedikalisierung, gewinnorientierter Verschreibungspraxis und einem parasitären Anstieg der Gesundheitskosten. In einem System, in dem die Anbieter die Nachfrage manipulieren können, ist es unerlässlich, den Vorrang des öffentlichen Interesses zu bekräftigen. Die Befugnisse des BAG müssen, insbesondere in den Bereichen Preisgestaltung, Planung und Aufsicht, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonsverwaltungen gestärkt werden, um Transparenz und das öffentliche Interesse zu gewährleisten. Die Festlegung des ökonomischen Werts medizinischer Leistungen ist keine rein technische Angelegenheit, sondern eine grundlegende politische Entscheidung für die Planung des Gesundheitssystems. Das landesweite Ungleichgewicht zwischen Fachärzten und Allgemeinmedizinern spiegelt direkt die Ungleichgewichte bei den Vergütungssätzen wider. Daher muss die Partei neben der Schaffung einer einheitlichen Krankenversicherung die Vorrangstellung des Staates und des Gemeinwohls in der Gesundheitspolitik stärken.

↑ zurück an den Anfang

RESOLUTION DES 25. KONGRESSES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Arbedo-Castione, 8.-9. November 2025

Vorschlagender: Rudi Kolb-Alves

Digitaler Wandel und Souveränität: Eine wegweisende Position skizzieren

1. Digitalisierung ist keine rein technische Angelegenheit

Die digitale Transformation, verstanden als Prozess produktiver und institutioneller Umgestaltung durch digitale Technologien (Netzwerke, Daten, Algorithmen, KI), schreitet immer weiter voran. Digitale Werkzeuge nehmen zunehmend zentrale Positionen im Alltag von Bevölkerung, Staat und Wirtschaft ein. Anders als die gängige Auffassung, digitale Technologien seien ein rein technisches Phänomen, ist die digitale Transformation ein Prozess, der regulatorische, soziale, kulturelle, bildungsbezogene, produktive und wirtschaftliche Aspekte unmittelbar berührt: Sie ist ein zutiefst politischer Prozess. Sie verändert nicht nur die Strukturen und Infrastrukturen, die Produktion und Dienstleistungen organisieren, sondern auch die Machtverhältnisse auf lokaler und globaler Ebene.

Auf lokaler Ebene verändert der digitale Wandel die Arbeitsbedingungen und den Arbeitsmarkt; auf globaler Ebene manifestiert sich der gegenwärtige Widerspruch zwischen Unipolarität und Multipolarität in diesem Strukturwandel in seiner ganzen Tragweite. Daher muss die Partei die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen dieses Phänomens auf die gegenwärtigen Verhältnisse fördern und dabei einen Weg beschreiten, der mit Klassenunabhängigkeit, der Vision und dem Handeln einer Avantgarde-Partei vereinbar ist. Diese Entschließung soll der erste Schritt in dieser unerschöpflichen Aufgabe sein.

2. Digitale Souveränität bedeutet die Entwicklung der Produktivkräfte und der Arbeitnehmerrechte.

Aufgrund der COVID -19-Pandemie haben sich hybride und mobile Arbeitsmodelle deutlich verbreitet: Im Tessin arbeitet etwa jeder dritte Arbeitnehmer im Homeoffice und/oder in hybriden Formen, verglichen mit einem nationalen Durchschnitt von 14 %. Diese Modelle bieten zwar Vorteile hinsichtlich Organisation und Vereinbarkeit von Familie und Privatleben, stellen aber gleichzeitig eine zunehmende Ausbeutung dar, da die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschwimmen. Diese Realität ist geprägt von Klassenverhältnissen, die in der bestehenden beruflichen Schichtung wurzeln: Während mobiles Arbeiten für diejenigen in prestigeträchtigen Positionen eine Chance zur Selbstbestimmung bietet, definieren Leistungsdruck und der Zwang

zum Arbeitsplatzerhalt für diejenigen am unteren Ende der Unternehmenshierarchie neue Formen der Ausbeutung, die verstärkte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften erfordern.

Dass das Tessin über dem nationalen Durchschnitt liegt, ist kein Zufall. Telearbeit verschärft den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, wo der Druck durch Grenzgänger die Löhne bedroht. Soziale Isolation, Fragmentierung, geschwächte zwischenmenschliche Beziehungen und geringere Karrierechancen zählen zu den größten Herausforderungen, ebenso wie die Schwierigkeit, Solidarität unter den Beschäftigten zu stiften. Die mangelnde Möglichkeit zur Interaktion mit Kollegen verdient besondere Beachtung, da die Gewerkschaftsarbeit eingeschränkt werden könnte, wenn keine neuen Kampfmethoden entstehen. Gleichzeitig birgt die Aussicht auf eine stärkere Integration mit der EU durch die „Bilateralen Abkommen III “ ein weiteres Risiko: Durch Telearbeit und Outsourcing steigt der Druck auf den Arbeitsmarkt und es drohen verstärkter Wettbewerb, Ausbeutung und Dumping in der gesamten Schweiz.

Gleichzeitig können die produktiven Lösungen digitaler Technologien die Arbeitsbedingungen verbessern und eine Chance für eine bessere Wirtschaftsplanung bieten. Die teilweise Auslagerung bürokratischer und organisatorischer Aufgaben an technische Hilfsmittel bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Aufsicht und Kontrolle ermöglicht es vielen Berufsgruppen, ihre Produktivität zu steigern und sich auf wertschöpfendere Tätigkeiten zu konzentrieren. Im Pflege-, Bildungs- und Sozialwesen entspricht die Möglichkeit, mehr Zeit für zwischenmenschliche Beziehungen aufzuwenden, einem grundlegenden Bedürfnis. Dasselbe gilt für andere Berufsfelder, in denen verschiedene Formen künstlicher Intelligenz (KI) ein strategischer Partner zur Verbesserung der Arbeitsqualität sein können. Auch im medizinischen Bereich hat der Einsatz von KI, die mit Literatur- und klinischen Daten trainiert wurde, präzise Diagnoseergebnisse geliefert und sich als wertvolle Unterstützung für die medizinische Praxis erwiesen. Ebenso eröffnet die Fähigkeit, die dreidimensionale Struktur von Proteinen anhand ihrer Sequenz vorherzusagen, im biochemischen Bereich Anwendungsmöglichkeiten in der Pharmazie, der Ökologie und der Landwirtschaft.

Die durch verschiedene Formen der KI hervorgebrachten neuen Produktionsweisen verändern die Produktions- und Nutzungsbedingungen grundlegend. Wie jede Entwicklung der Produktivkräfte sollte auch KI als Produktionsmittel und somit als Form kollektiven kognitiven Kapitals betrachtet werden. Obwohl ihr Potenzial und ihre Anwendungen Ängste schüren mögen und „katastrophale“ Szenarien die intellektuelle Verkümmerung der Nutzer prophezeien, wäre der Widerstand gegen diese Technologien kontraproduktiv. KI hat eine rasante und umfassende

Entwicklung durchlaufen und nimmt zentrale Positionen in der wissenschaftlichen, technologischen, produktiven, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung ein. Von der biochemischen Forschung über die medizinische Praxis bis hin zur intellektuellen und kulturellen Produktion ist sie heute ein unverzichtbarer Bestandteil der gegenwärtigen historischen Phase. Sich ihrer Implementierung sowie dem digitalen Wandel insgesamt zu widersetzen oder sie zu boykottieren, käme einer Form des neo-luddistischen Widerstands gleich – wirkungslos und rückschrittlich.

Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass unsere Partei eine Vorreiterrolle einnimmt, die auf dem dialektischen Materialismus basiert und die Fähigkeit besitzt zu verstehen, dass die Wurzel des Problems nicht in den Produktionsmitteln liegt, sondern vielmehr in der kapitalistischen Konfiguration der Produktionsverhältnisse, die für Ausbeutung, sich verschlechternde Arbeitsbedingungen und weit verbreitete Unzufriedenheit verantwortlich ist.

Die Partei muss sich mit mutigen, proaktiven und pragmatischen Vorschlägen an der öffentlichen Debatte beteiligen, die die Entwicklung der Produktivkräfte mit der Stärkung der Arbeitnehmerrechte verbinden. Dieser Ansatz muss den Klassenkampf in den Mittelpunkt stellen und übergreifende Fragen des digitalen Wandels angehen. Dazu müssen innovative regulatorische und gewerkschaftliche Lösungen entwickelt werden, die aufkommende Probleme in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt sowie im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen angehen.

3. Digitale Souveränität bedeutet Neutralität, nationale Unabhängigkeit und Multipolarität

Die Ablehnung neo-luddistischer und rückwärtsgewandter Positionen darf nicht mit blinder Unterstützung des Ansatzes und der Richtung der digitalen Transformation verwechselt werden, die im Westen vor allem von den großen Technologiekonzernen vorangetrieben wird. Es ist entscheidend, die Gegenüberstellung von Technologiebefürwortern und Technologieskeptikern zu überwinden: Sich in dieser Polarisierung zu positionieren, ist nicht nur reduktionistisch, weil es Klassenfaktoren und die sich entwickelnden Widersprüche zwischen Unipolarität und Multipolarität ignoriert, sondern birgt sogar die Gefahr, kontraproduktiv zu sein. Es geht nicht darum, ob die digitale Transformation stattfinden soll, sondern vielmehr darum, politische Faktoren in den Mittelpunkt des Verständnisses der geeignetsten Wege ihrer Steuerung zu stellen. Es ist unerlässlich, die Frage der digitalen Souveränität als zentrales Element nationaler Neutralität und Unabhängigkeit ernsthaft anzugehen. Obwohl der Bundesrat eine Strategie in diese Richtung entwickelt hat, ist das, was er

vorgeschrieben und gefördert hat, noch weit von echter digitaler Souveränität entfernt.

Die Veröffentlichung der Open-Source-KI Apertus, entwickelt von den Eidgenössischen Technischen Hochschulen über das Schweizerische Nationale Supercomputing-Zentrum (CSCS), dem Supercomputer in Lugano, sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Dieses Projekt hat allerdings einige Einschränkungen: Zwar ist es mit entsprechender Recheninfrastruktur möglich, es lokal herunterzuladen und zu nutzen, die Online-Version ist jedoch auf Amazons Cloud-System angewiesen. In diesem Sinne ist das Beherbergen großer Rechenzentren und das Anbieten der eigenen digitalen Infrastruktur an US-amerikanische Technologiekonzerne bezeichnend für ein Muster liberaler Unterwürfigkeit: eine bürgerliche Politik, die bereit ist, ihr intellektuelles Kapital zu verkaufen, um dem atlantischen Imperialismus entgegenzukommen.

Verschiedene Formen von KI benötigen riesige Datenmengen, um präzise und effektiv zu sein. Die Veröffentlichung von DeepSeek Anfang 2025 führte zu einer wichtigen Erkenntnis: Ein Open-Source-Modell, das auf weniger leistungsstarker und teurer Hardware basiert, erzielte vergleichbare Ergebnisse wie OpenAI, Google und Microsoft. Dies unterstrich die Bedeutung der Datenmenge sowie die architektonische Qualität des chinesischen Modells. Demnach liegt die neue Herausforderung in der KI-Entwicklung weniger in der physischen Infrastruktur, sondern vielmehr in der Fähigkeit, immer größere Datenmengen zu gewinnen, zu generieren und zu extrahieren.

Es geht nicht nur um Rechenleistung, sondern vor allem um die Fähigkeit, eine stetig wachsende und bedeutende Datenbank zu verarbeiten. Dies treibt den neuen digitalen Wettlauf an. Dieser Trend führt zu einem räuberischen und aggressiven Vorgehen US-amerikanischer Konzerne. Da viele Modelle unter prekären Arbeitsbedingungen in Ländern des globalen Südens trainiert werden, ist es verständlich, wie KI neue Formen der Ausbeutung ermöglicht. Gleichzeitig belegt die Tatsache, dass die Modelle kostenlos sind und von Millionen von Nutzern verwendet werden, dieses extraktive Bedürfnis: Je mehr Daten, desto effektiver die neuronale Netzwerkarchitektur der KI. Es ist beschämend, dass akademische Einrichtungen diese Systeme unbewusst einsetzen, ohne zu ahnen, dass sie Trainingsinstrumente sind, die kognitive und intellektuelle Fähigkeiten konzentrieren und privatisieren. Ein weiteres Zeichen dieser neuen Entwicklung ist das Aufkommen von Stellen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt – der stark von US-amerikanischen Technologiekonzernen dominiert wird – für hochqualifiziertes Personal, das diese Systeme trainiert. Dadurch entsteht eine Datenproduktion, die auf die Privatisierung von Wissen abzielt: ein Schlüsselfaktor der Schweizer Wirtschaft, der an seine amerikanischen Herren verkauft wird.

Neben der Kontrolle der Datenextraktion und des digitalen Mehrwerts ist der Besitz der physischen Infrastruktur, die die Datenverarbeitung und -erfassung in souveränen Strukturen ermöglicht, von entscheidender Bedeutung. Obwohl die aktuellen Grenzen der KI-Entwicklung von der Fähigkeit zur Datenextraktion und -produktion bestimmt werden, bleibt der Zugang zu Seltenen Erden unerlässlich. Digitale Infrastrukturen – von Hochleistungsrechnern und Rechenzentren bis hin zu 5G-Telekommunikationssystemen – sind auf diese Rohstoffe angewiesen, deren Produktion und Verarbeitung China weltweit führend ist.

Der Handelskrieg und die jüngste Konfrontation (und der anschließende Rückzieher) der USA in Bezug auf Zölle verdeutlichen die strategische Bedeutung dieser Ressourcen. Würde der Technologiesektor nicht mit den USA kompromittiert, könnte das Land nicht nur den Weg zu echter digitaler Autonomie und Souveränität beschreiten, sondern auch seine Partner diversifizieren, sich dem multipolaren Projekt anschließen und die Beziehungen zu einem strategischen Partner wie der Volksrepublik China stärken. Letztere beherbergt DeepSeek, das auf einem Open-Source-Modell basiert und damit den Intentionen, die die Entwicklung von Apertus inspirierten – der offenen und gemeinsamen Entwicklung eines transparenten KI-Systems –, viel näher kommt.

Angesichts der Zugeständnisse an große Technologiekonzerne und des Ausverkaufs ihrer geistigen Eigentumsrechte ist es unerlässlich, dass die Partei die Priorität der digitalen Neutralität bekräftigt, indem sie Investitionen aus der Volksrepublik China fördert und unterstützt. Die Diversifizierung der Partner ist strategisch wichtig für die Entwicklung der digitalen Infrastruktur der Schweiz sowie für die Stärkung des öffentlichen Eigentums an geistigem Eigentum durch die Förderung unabhängiger Cloud-Lösungen für den Betrieb von KI-Anwendungen, die Bundes- und Kantonsverwaltungen, akademischen und Forschungseinrichtungen sowie halbstaatlichen Unternehmen dienen.

4. Digitale Souveränität bedeutet Demokratie, politische Handlungsfähigkeit und Klassenunabhängigkeit.

Die gegenwärtige Struktur der sozialen Medien deutet auf eine übermäßige Machtkonzentration in den Händen der großen Technologiekonzerne hin. Die Kontrolle sozialer Netzwerke durch Algorithmen ist aus demokratischer Sicht besorgniserregend. Betrachtet man den digitalen Raum als neuen öffentlichen Raum, in dem politische Debatten geführt und ausgedrückt werden, ist die Tatsache, dass Inhalte und Formate von diesen digitalen Giganten empfohlen oder zensiert werden – auch durch Shadowbanning –, alarmierend. Die Funktionsweise der Algorithmen ist undurchsichtig und intransparent. Es ist nicht ganz falsch anzunehmen, dass die zunehmende Polarisierung und der digitale Aktivismus ohne reale politische Kanäle dazu dienen können, abweichende Meinungen zu

unterdrücken und Konsens zu erzeugen. Hinzu kommt diese weitverbreitete Kontrolle der Kommunikationssysteme, die die Situation noch dramatischer macht: Sie entspricht der Privatisierung des öffentlichen und privaten Raums. Derzeit schwebt ein gefährliches Damoklesschwert über der Schweizer – und im weiteren Sinne über der europäischen – Demokratie.

Die Partei muss diese Situation anprangern und Gesetze und Verordnungen fordern, die eine stärkere öffentliche, demokratische und souveräne Kontrolle über die Algorithmen ermöglichen, welche die öffentliche Debatte in sozialen Netzwerken antreiben. Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass sich die Partei auf mögliche repressive und autoritäre Maßnahmen der Zukunft vorbereitet und sich mit eigenen digitalen Werkzeugen ausstattet, um ihre politische Handlungsfähigkeit und Klassenunabhängigkeit zu gewährleisten.

5. Digitale Souveränität bedeutet Nähe und Universalität des öffentlichen Dienstes.

Im Zuge des Abbaus von Postdiensten, Fahrkartenschaltern im öffentlichen Nahverkehr, Bankdienstleistungen und staatlichen Institutionen hat die Digitalisierung tiefgreifende Auswirkungen auf öffentliche Dienstleistungen. Im letzten Jahrzehnt diente die Digitalisierung als trojanisches Pferd, das Unternehmensumstrukturierungen, die Verschlechterung der angebotenen Dienstleistungen und weitere Umstrukturierungen ermöglichte. Es ist unbestreitbar, dass die Digitalisierung die Zugänglichkeit und Universalität öffentlicher Dienstleistungen infrage gestellt hat. Es wäre jedoch falsch, den Digitalisierungsprozess als alleinigen Ausdruck des neoliberalen Projekts zum Abbau öffentlicher Dienstleistungen zu missverstehen. Vielmehr diente er als Vorwand für die Verfolgung politischer und wirtschaftlicher Ziele, die weit entfernt von den Grundprinzipien dieser öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen sind.

Angesichts der Chancen und Verbesserungen, die diese digitalen Lösungen bieten, wäre es kontraproduktiv, jeglichen Fortschritt in diese Richtung von vornherein abzulehnen. Daher ist es unerlässlich, den digitalen Wandel der Dienstleistungen staatlicher und halbstaatlicher Einrichtungen aktiv zu begleiten und dabei die Grundsätze der Qualität, der Nähe und der Universalität öffentlicher Dienstleistungen zu gewährleisten. Die Entwicklung souveräner digitaler Infrastrukturen und Lösungen ist die Lebensader öffentlicher Dienstleistungen.

Angesichts der potenziellen Verzerrungen von Systemen, die primär auf Englisch geschult sind, erfordern Qualität und Funktionalität digitaler Dienste speziell in der Schweiz entwickelte Werkzeuge. Darüber hinaus basiert das Schulungssystem hauptsächlich auf Daten, die in der westlichen Welt generiert und bereitgestellt

werden: Die Verzerrungen dieser Werkzeuge bergen die Gefahr, eurozentrische Positionen widerzuspiegeln, die die Ideologien der herrschenden Bourgeoisie widerspiegeln. Aus diesem Grund muss die Partei in der Lage sein, einen lokalen und universellen digitalen öffentlichen Dienst kritisch zu fördern, der die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, Schulungs- und Datengenerierungssysteme, den Zugang zu und das öffentliche Eigentum an den in öffentlichen Diensten einzusetzenden Werkzeugen, Sicherheit und Datenschutz sowie im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen berücksichtigt.

↑ zurück an den Anfang